

26. Sitzung des Gemeinderates - öffentlich -

Sitzungstag:

Mittwoch, 16.03.2016

Sitzungsort:

Sitzungssaal Rathaus 1. OG

Namen der Mitglieder des Gemeinderates		
anwesend	abwesend	Abwesenheitsgrund
Vorsitzender: Erster Bürgermeister Andreas Kemmelmeier		
Niederschriftführer:		
Gremiumsmitglieder: Betina Mäusel Johann Zehetmair Manfred Axenbeck Josef Ebert Dr. Günther Ernstberger Gisela Fischer Sabine Fister Simone Guist Udo Guist Lorenz Ilmberger Albert Kirnberger Franz Klietsch Klaus Läßing Johannes Mecke Edith Michal Günter Peischl Manuel Prieler Marianne Rader Jutta Schödl Philipp Schwarz Franz Solfrank Manfred Unterstein Thomas Weingärtner		
	Andreas Post	

26. Sitzung des Gemeinderates vom 16.03.2016

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung sowie den Bürgermeister der Unterföhringer Partnergemeinde Kamsdorf, Herrn Thomas Kuhn, recht herzlich.

Entschuldigt fehlt das Gemeinderatsmitglied Herr Post. Zu Sitzungsbeginn fehlen ferner die Gemeinderatsmitglieder Frau Guist sowie Herr Weingärtner entschuldigt verspätet.

Der Vorsitzende gratuliert den Gemeinderatsmitgliedern Herrn Unterstein sowie Herrn Klietsch nachträglich recht herzlich zum Geburtstag.

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung bestehen, eröffnet der Vorsitzende um 19:38 Uhr die Sitzung.

359 22 **Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift**

Beschluss: 22:0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 17.02.2016, die den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt worden ist, wird genehmigt.

AZ 024
Hauptamt

Das Gemeinderatsmitglied Frau Guist erscheint um 19:45 Uhr und nimmt am weiteren Verlauf der Sitzung teil.

360 23 **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Die in nichtöffentlichen Sitzungen des Gemeinderats gefassten Beschlüsse vom 09.10.2014 Nr. G87, vom 16.04.2015 Nr. G182, vom 07.05.2015 Nr. G207, vom 08.10.2015 Nr. G297 sowie vom 22.09.2015 Nr. G281 werden in der heutigen öffentlichen Sitzung unter Tagesordnungspunkt 6 (*Kläranlage Unterföhring, Kapazitätserweiterung; Vorstellung der Vorplanungsergebnisse und weiteres Vorgehen (Empfehlungsbeschluss aus dem Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss)*) und Tagesordnungspunkt 7 (*Freiwillige Feuerwehr Unterföhring; Weitere Überlegungen zur Optimierung des Standortes im Ortskern und Sachstandsbericht für den künftigen Feuerwehrbetrieb*)

26. Sitzung des Gemeinderates vom 16.03.2016

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

herangezogen und thematisiert. Sie gelten damit der Öffentlichkeit als zur Kenntnis gebracht.

AZ 024
Hauptamt

361

23

Anträge der SPD-Fraktion

Vorbereitungen zur Errichtung eines Sportparks südlich der Mitterfeldallee, westlich der Dieselstraße und nördlich des Bahnweges

Der Bürgermeister gibt den Antrag der SPD-Fraktion zur Vorbereitung zur Errichtung eines Sportparks südlich der Mitterfeldallee, westlich der Dieselstraße und nördlich des Bahnweges vom 03.03.2015 bekannt. Der Antrag wurde dem Gremium zugestellt.

Der Bürgermeister bringt in Erinnerung, dass auf Grund eines laufenden Verfahrens in Abstimmung mit dem Antragsteller der Antrag dem Gremium noch nicht zur Behandlung vorgelegt werden konnte. Inzwischen sind die offenen Punkte mit den bisherigen Eigentümern besprochen und die Vorlage des Antrages im Gemeinderat kann erfolgen.

Der Antrag der SPD-Fraktion wird wie folgt begründet:

In der Gemeinderatssitzung am 13.11.2014 wurde das gesamte Gebiet im Flächennutzungsplan als „Sportfläche“ ausgewiesen. Die SPD-Fraktion geht davon aus, dass die Aussage des Herrn Landtagsabgeordneten Ernst Weidenbusch zutrifft, dass im September 2017 die ersten Schüler aus Unterföhring in die neue Schule gehen werden. Da die Sportanlage auch von dem künftigen Gymnasium an der Ottostraße mitbenutzt werden soll, ist es dringend notwendig in diesem Jahr mit den ersten Planungsschritten zu beginnen um hier keine Verzögerung zu riskieren. Bei der Stockschützenhalle könnte ein weiterer Veranstaltungsort ohne Versammlungsstättenverordnung (Synergieeffekt) für die Vereine mit angedacht werden. Um das Freizeitangebot für Unterföhringer Bürgerinnen und Bürger, egal welchen Alters, zu steigern, könnten Teile des Multiaktivsportplatzes von Herrn Lasher in die Planungen mit integriert werden.

Beschluss: 23 : 0

Zur Vorbereitung eines Bebauungsplanes ist schnellstmöglich eine Rahmenplanung zur Realisierung eines Sportparks südlich der Mitterfeldallee, westlich der Dieselstraße und nördlich des Bahnweges einzuleiten. Bei der Planung sind sowohl die sportlichen, freizeitgestalterischen, als auch die schulischen Belange, neben den notwendigen Anlagen für das Parken, Vereinsheim, Stockschützenhalle, Ausgleichsflächen usw. zu untersuchen.

AZ 611
Bauamt

26. Sitzung des Gemeinderates vom 16.03.2016

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Das Gemeinderatsmitglied Herr Weingärtner erscheint um 19:59 Uhr und nimmt am weiteren Verlauf der Sitzung teil.

362 24 **Anträge der SPD-Fraktion**
Realisierung des Ideenteils für die Hort- und Mittagsbetreuung auf dem Schulgelände an der Schulstraße; Sachstand und weiteres Vorgehen

Der Bürgermeister bringt den Gemeinderatsbeschluss vom 12.11.2015, Nr. 288, in Erinnerung. In diesem wurde u.a. beschlossen, dass mit der Umsetzung des Ideenteils (Schulgelände an der Schulstraße, derzeitiges Hortgelände) für den Ausbau der Grundschule, sowie der Hort- und Mittagsbetreuung begonnen werden soll und ein Raumprogramm zu entwickeln ist. Dabei ist das neue Ganztagesangebot der bayerischen Staatsregierung für die Offene Ganztageschule im Kombimodell (OGTS-Kombi) zu berücksichtigen. Anschließend ist ein nicht offener Architektenwettbewerb im kooperativen Verfahren auszuschreiben.

Kurz nach dieser Beschlussfassung hat der Gemeinderat in seiner Sitzung zum Gymnasium Unterföhring am 14.01.2016, Nr. 313, über das erarbeitete gesamtheitliche Schulkonzept beraten und einen weitreichenden Beschluss hinsichtlich der zu erwartenden Schülerzahlen im Grundschulbereich gefasst. In der Konzipierung des Schulcampus an der Mitterfeldallee ist die Errichtung einer zweiten Grundschule mit einer Schülerkapazität für bis zu 400 Schülern mit einzuplanen. Gleichzeitig sind Einrichtungen für die Nachmittagsbetreuung der Grundschüler zu planen.

Unter Berücksichtigung dieser neuen erweiterten Beschlusslage zu einem zweiten Grundschulstandort hat die Verwaltung gemeinsam mit der Schulleitung Frau Hillen und der Leitung des Kinderhorts Frau Seitz Gespräche geführt, um den Bedarf an Unterrichts- und Betreuungsräumlichkeiten für die anstehenden Schuljahre von 2016/2017 bis 2020/2021 zu ermitteln.

Folgende Daten wurden hierbei erarbeitet:

Schuljahr 2016/2017: (ca. 540 Schüler)	Der Schul- und Betreuungsbetrieb (GTK, MiB, Hort) kann mit der bestehenden Infrastruktur gewährleistet werden.
Schuljahr 2017/2018: (ca. 580 Schüler)	es <u>können</u> Engpässe bei der Nachmittagsbetreuung auftreten, insbesondere hinsichtlich Räumlichkeiten für die MiB
Ab Schuljahr 2018/2019: (ca. 600 – 650 Schüler)	es <u>werden</u> Engpässe bei der Nachmittagsbetreuung auftreten, dies betrifft sicher die MiB und bedarfsabhängig den Hort

26. Sitzung des Gemeinderates vom 16.03.2016

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Auf Grund des Gemeinderatsbeschlusses vom 12.11.2015, Nr. 288, hat die Verwaltung nunmehr mögliche Standorte für die Unterbringung der Nachmittagsbetreuung der Grundschulkinder im Hinblick auf die erweiterte Beschlusslage geprüft.

Folgende erste Standorte können bis zur Realisierung der zweiten Grundschule am Standort Schulcampus Unterföhring an der Mitterfeldallee (die Realisierung ist für das Schuljahr 2019/2020 geplant) als Zwischenlösung herangezogen werden:

- ☐ zwei Räumlichkeiten an der Bahnhofstraße
 - ☐ in direkter Nähe der Schule für ca. 40/45 MiB-Plätze
 - ☐ im Nahbereich der Schule für ca. 45 MiB-Plätze
- ☐ das gemeindliche Objekt an der Tulpenstraße (bedarfsmäßig als MiB- oder Hortplätze nutzbar (z.B. ergänzende Module im Gartenbereich)).

Darüber hinaus werden weitere gemeindeeigene Liegenschaften und Flächen (z.B. zusätzliche Module an der Straßäckerallee) ebenfalls in die Planungen einbezogen.

Die Verwaltung schlägt vor, für die ab dem Schuljahr 2017/2018 zu erwartenden Engpässe auf die o.g. Raumlösungen zurückzugreifen, bis die zweite Grundschule mit einer Kapazität von 400 Schülern mit entsprechenden Nachmittagsbetreuungsangeboten realisiert ist.

Im Rahmen der „Realisierungsplanungen zum Ideenteil für die Hort- und Mittagsbetreuung auf dem bestehenden Schulgelände“ können dann Lösungen erarbeitet werden, die die abschließende Ausgestaltung des Schulstandorts an der Schulstraße mit dann etwa 400 – 500 Schülern umfassen.

Der Bürgermeister erinnert an den Realisierungs- und Ideenwettbewerb zur Schulerweiterung der Grundschule Unterföhring durch den Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München in den Jahren 2010 bis 2012. Gemäß Auslobungstext des Realisierungs- und Ideenwettbewerb zur Schulerweiterung der Grundschule Unterföhring sind auf den Flächen des Ideenteils rund 2.400 m² BGF für Kinderbetreuungseinrichtungen unterzubringen.

Für diese Aufgabe wäre ein nicht offener Wettbewerb im kooperativen Verfahren durchzuführen. Hierfür wäre der Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München zu beauftragen, da dieser bereits den Realisierungsteil der Erweiterung betreut hat.

Beschluss: 24 : 0

Der Gemeinderat nimmt den Sachstand zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung alle Maßnahmen (u.a. Vorbereitung eines Architektenwettbewerbs etc.) einzuleiten, um die erforderliche Hort- und Mittagsbetreuung (unter

26. Sitzung des Gemeinderates vom 16.03.2016

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Berücksichtigung der künftigen zweiten Grundschule mit Nachmittagsbetreuung) an der Schulstraße zu beauftragen und durchzuführen. Dabei sind die Schulleitung und die Leitung Kinderhort in die Planungen einzubinden.

Für die Vorbereitung und Durchführung des nicht offenen Wettbewerbs im kooperativen Verfahren ist der Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München zu beauftragen.

AZ 6100
Bauamt

363

24

Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 49c/16 für das Grundstück an der Feringastrasse 6; Aufstellungsbeschluss (Empfehlungsbeschluss aus dem Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss)

Der Bürgermeister gibt den Antrag der Firma Gewerbepark Unterföhring GmbH & Co.KG zur Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes für das Grundstück an der Feringastrasse 6, Fl. Nr. 1189/67 (11.095 m²), vom 17.02.2016 bekannt.

Auf den Empfehlungsbeschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss vom 23.02.2016, Nr. 263, wird hingewiesen.

Der Bürgermeister erläutert dem Gremium, dass in dem Gebäude an der Feringastrasse 6 ehemals der Hagebaumarkt, vorher Obi Baumarkt, ansässig war. Mit Umzug des Baumarktes auf die gegenüberliegende Straßenseite an die Feringastrasse 5 soll nun eine entsprechende Nachfolgenutzung für das Gebäude an der Feringastrasse 6 herbeigeführt werden.

Derzeit wird das Gebäude wie folgt genutzt:

1. + 2. UG: Tiefgarage, Erschließungsflächen (Aufzüge und Treppenhäuser) und Technikräume

EG: ehemalige Fläche Hagebaumarkt, Erschließungsflächen Hotel und Büros (Aufzüge und Treppenhäuser), Eingangsbereich Hotel (Lobby, Aufzüge) sowie Bistro mit Nebenräumen

1. + 2. OG: Büroflächen und Nebenräume, Erschließungsflächen (Aufzüge und Treppenhäuser)

3. + 4. OG: Büroflächen und Nebenräume, Hotelnutzung und Erschließungsflächen (Aufzüge und Treppenhäuser)

5. OG (Dach und Technikgeschoss): in einem kleinen Bereich Erschließungsflächen und Hotelnutzung (1 Appartement)

Für das Grundstück an der Feringastrasse 6, Fl. Nr. 1189/67, das im Flächennutzungsplan als Gewerbegebiet ausgewiesen ist, besteht der rechtskräftige Bebauungsplan Nr. 49/87, Gewerbegebiet Feringastrasse. Gemäß Bebauungsplan Nr. 49/87 sind im Bereich der Feringastrasse 6 (Festsetzung Gewerbegebiet) Einzelhandelsbetriebe mit mehr als 700 m²

26. Sitzung des Gemeinderates vom 16.03.2016

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Verkaufsfläche unzulässig. Wohnungen sind nur für Aufsichts- und Bereitschaftspersonal sowie Betriebsinhaber zulässig.

Der Antragsteller beantragt mit Schreiben von 17.02.2016 die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes auf dem Grundstück Fl. Nr. 1189/67 (11.095 m²) mit folgenden Festsetzungen:

- Einzelhandelsbetriebe mit einer Gesamtverkaufsfläche von insgesamt maximal 4.500 m², davon:
 - Verkaufsfläche Lebensmittel: 1.600 m² zzgl. Nebenräume , Lager, etc.
 - Verkaufsfläche Sonstige: 1.400 m² zzgl. Nebenräume , Lager, etc.
 - Verkaufsfläche Sonstige: 800 m² zzgl. Nebenräume , Lager, etc.
 - evtl. Freiverkauf ca. 240 m² (ehemaliger Baumarkt“ Vergitterte Einhausung mit Glasdach“ vor dem Gebäude)

Sämtliche Einzelhandelsnutzungen dürfen nur im Unter- und Erdgeschoss sowie im 1. OG stattfinden

- Büro und Dienstleistungsbetriebe
- Praxen
- Betriebe des Beherbergungsgewerbes, wobei diese nur im 3. OG ,4. OG und in einem Teilbereich des DG zulässig sind
- Schank- und Speisewirtschaft
- Anlagen und Räume für soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke
- Wohnungen, wobei diese nur im 1. OG, 3. OG, 4. OG und in einem Teilbereich des DG zulässig sind und außerdem nachgewiesen wird, dass in den Wohnungen gesunde Wohnverhältnisse herrschen und sichergestellt ist, dass die angrenzenden Gewerbenutzungen durch die Wohnnutzung nicht eingeschränkt werden.
- Nicht zulässig sind Vergnügungsstätten und Wettbüros

Weiter wäre für diesen Bereich ein Sondergebiet „Einzelhandel, Büros und Beherbergungsgewerbe“ gemäß § 11 BauNVO sachgerecht.

Beschluss: 24 : 0

Dem Empfehlung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 23.02.2016 wird gefolgt.

Dem Antrag der Firma Gewerbepark Unterföhring GmbH & Co.KG zur Einleitung eines Bebauungsplanverfahren und Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes für das Grundstück an der

26. Sitzung des Gemeinderates vom 16.03.2016

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Feringastrasse 6, Fl. Nr. 1189/67, vom 17.02.2016, mit folgenden Festsetzungen wird dem Grunde nach zugestimmt:

- Einzelhandelsbetriebe mit einer Gesamtverkaufsfläche von insgesamt maximal 4.500 m², davon:
 - Verkaufsfläche Lebensmittel: 1.600 m² zzgl. Nebenräume , Lager, etc.
 - Verkaufsfläche Sonstige: 1.400 m² zzgl. Nebenräume , Lager, etc.
 - Verkaufsfläche Sonstige: 800 m² zzgl. Nebenräume , Lager, etc.
 - evtl. Freiverkauf ca. 240 m² (ehemaliger Baumarkt“ Vergitterte Einhausung mit Glasdach“ vor dem Gebäude)

Sämtliche Einzelhandelsnutzungen dürfen nur im Unter- und Erdgeschoss sowie im 1. OG stattfinden

- Büro und Dienstleistungsbetriebe
- Praxen
- Betriebe des Beherbergungsgewerbes, wobei diese nur im 3. OG ,4. OG und in einem Teilbereich des DG zulässig sind
- Schank- und Speisewirtschaft
- Anlagen und Räume für soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke
- Nicht zulässig sind Vergnügungsstätten und Wettbüros

Einer oder der beantragten Wohnnutzung, ausgenommen für Betriebsleiter, Hausmeister etc., wird nicht zugestimmt.

Weiter ist der Flächennutzungsplan dahingehend zu ändern, dass für diesen Bereich ein Sondergebiet „Einzelhandel, Büros und Beherbergungsgewerbe“ gemäß § 11 BauNVO festgesetzt wird.

Es ist ein vorhabenbezogener Bebauungsplan im Sinne der §§ 12 und 30 BauGB im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB aufzustellen.

Für die Umsetzung der Maßnahme ist ein städtebaulicher Vertrag gemäß § 11 BauGB mit dem Grundstückseigentümer zu schließen.

Es sind die erforderlichen Fachplaner für die Durchführung des Bauleitplanverfahrens sowie ggf. ein Rechtsbeistand zur Vorbereitung des Städtebaulichen Vertrages zu beauftragen.

Die entstehenden Kosten für das Bauleitverfahren sind vom Antragsteller zu übernehmen

AZ 6100
Bauamt

26. Sitzung des Gemeinderates vom 16.03.2016

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

364 24 **Bürgerhaus Unterföhring; Beschaffung eines neuen Beamers
(Empfehlungsbeschluss aus dem Jugend- und Kulturausschuss)**

Der Erste Bürgermeister erinnert an den Beschluss des Jugend- und Kulturausschusses vom 02.02.2016, Nr. G 26. Der Vorsitzende teilt mit, dass der aktuelle Beamer im Bürgerhaus veraltet ist und keinen HDMI Eingang hat. Deshalb ist der Kauf eines neuen Beamers notwendig.

Es kommt immer häufiger zu Kompatibilitätsproblemen, da viele Laptops mittlerweile nur noch einen HDMI Ausgang haben. Die meisten Bilder sind heutzutage auch schon hochauflösend. Derzeit muss man ein gutes Bild soweit herunterkomprimieren, dass es Beamer anzeigen kann, wodurch sehr viel Qualität und Brillanz verloren geht.

Beim Kauf des neuen Gerätes muss in erster Linie auf die Auflösung und Lichtstärke geachtet werden. Filme können nun endlich in HD gezeigt werden, was mittlerweile zum Standard gehört. Bei einer Filmvorführung würde der Sound im großen Saal wie eine sehr gute Stereoanlage klingen (wie z.B. bei der Filmvorführung „Der Name der Rose“). Doch nicht nur Filme für Kinovorstellungen sind fürs Bürgerhaus interessant. Trailer für TV Formate (Medienunternehmen/ Produktionsfirmen aus UFG), Imagefilme für Unternehmen bei Firmenveranstaltungen oder auch einfache Bilder und Texte wirken viel klarer. Aktuell gibt es oft das Problem, dass Personen, die in den hinteren Reihe sitzen, die Folien nicht mehr lesen können, weil der aktuelle Beamer nicht scharf genug ist bzw. aufgrund seiner Auflösung und Helligkeit die Schrift nicht so abbilden kann.

Diese Investition wäre also für jedes Unternehmen, das sich im Bürgerhaus einmieten möchte, von Vorteil. Ein weiteres Beispiel ist die Präsentation von Internetauftritten. Hier muss auch die kleinste Schrift im Webbrowser gut erkennbar sein.

Der Technische Leiter des Bürgerhauses empfiehlt den Kauf eines neuen Beamers mit mindestens zwei Objektiven und eines Flugrahmens, um den Beamer zu befestigen.

Es wird zusätzlich ein Scaler (Gerät oder Modul zur Umwandlung von Videosignalen zwischen verschiedenen Auflösungen) benötigt, um alle Geräte anzuschließen und damit der Beamer auch in seinem vollen Umfang bei jeder angelieferten Bildquelle genutzt werden kann.

Da der Beamer ein anderes Seitenverhältnis hat (16:9), braucht man auch eine andere Leinwand. Diese wird ca. 5.000,00 € brutto kosten.

Die Gesamtkosten belaufen sich auf ca. 85.000,00 € brutto für einen HD-Beamer bzw. auf ca. 100.000 € für einen 4K Beamer.

Beschluss: 24 : 0

Der Gemeinderat folgt der Empfehlung des Jugend- und Kulturausschusses vom 02.02.2016 und beschließt den Kauf eines neuen 4K Beamers (ca. 100.000,00 € brutto Gesamtkosten).

26. Sitzung des Gemeinderates vom 16.03.2016

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die entsprechenden Mittel i.H.v. 100.000,00 € werden als überplanmäßige Ausgaben im Haushaltsplan für 2016 unter der Haushaltsstelle 7601.9430 zur Verfügung gestellt.

Das Kulturamt wird beauftragt, ein entsprechendes Kinoprogramm für Jung und Alt zu erstellen. Zudem soll das Kulturamt ein entsprechendes Angebot für das kommende Herbst/Winter 2016/2017 Programm berücksichtigen.

AZ 310
Kulturamt

365

24

Kläranlage Unterföhring, Kapazitätserweiterung; Vorstellung der Vorplanungsergebnisse und weiteres Vorgehen (Empfehlungsbeschluss aus dem Bau-, Verkehr- und Grundstückausschuss)

Der Bürgermeister erinnert an die Beschlüsse des Gemeinderates vom 09.10.2014, Nr. G87, vom 16.04.2015, Nr. G182, vom 07.05.2015, Nr. G207 vom 08.10.2015 Nr. G297. In diesen Sitzungen waren noch fachliche und wirtschaftliche Details auszuarbeiten. Diese konnten dann in der öffentlichen Bau-, Verkehr- und Grundstückausschusssitzung am 23.02.2016 zur Entscheidung vorgetragen werden. Der Bürgermeister bringt den Beschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstückausschusses vom 23.02.2016, Nr. 259, in dem die Themenbereiche

- a) Zusätzliches Nachklärbecken
- b) Co-Vergärung
- c) Solare Trocknung

behandelt wurden zur Kenntnis.

a) Zusätzliches Nachklärbecken

Das für Leistungsphase 1 und 2 (Grundlagenermittlung und Vorplanung) beauftragte Ingenieurbüro, Dünser.Aigner.Kollegen, legt mit Datum Januar 2016 den Vorentwurf zum Neubau des 2. Nachklärbeckens vor.

Auf der Kläranlage ist derzeit ein Nachklärbecken mit einem Durchmesser von 34,00 m vorhanden. Dieses Becken ist für eine Erweiterung auf 30.000 Einwohnerwerte (EW) ausreichend leistungsfähig. In dem vom Ingenieurbüro Obermeyer im Jahr 2010 erstellten Berichten zur Bestandsuntersuchung und Betoninstandsetzung der Kläranlage wurde ein kurz- und mittelfristiger Handlungsbedarf (0-5 Jahre) für die Sanierung der Korrosionsschäden im Nachklärbecken empfohlen. Aus heutiger Sicht ist die Umsetzung der Instandsetzungsmaßnahme umso dringlicher.

Für die Durchführung der notwendigen Sanierungsmaßnahmen muss das Nachklärbecken für einen Zeitraum von ca. 6 - 8 Wochen außer Betrieb genommen werden. Eine Außerbetriebnahme des Nachklärbeckens ist aber unter den gegebenen Bedingungen im laufenden Betrieb der Kläranlage nicht

26. Sitzung des Gemeinderates vom 16.03.2016

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

möglich, da eine biologische Reinigung in der Belebungsanlage dann nicht mehr funktioniert. Ohne die biologische Abwasserreinigung könnten die gesetzlichen Ablaufwerte nicht eingehalten werden. Aus diesem Grund hat das Ingenieurbüro Dünser.Aigner.Kollegen dem Gemeinderat den Bau eines 2. Nachklärbeckens empfohlen. Auch das Wasserwirtschaftsamt München weist mit Schreiben vom 14.09.2015 auf die Notwendigkeit eines 2. Nachklärbeckens hin. Aus wasserwirtschaftlicher Sicht ist es unerlässlich, dass eine Kläranlage in der Größenordnung mit zukünftig 30.000 EW mindestens zwei getrennte Nachklärbecken besitzt.

Die detaillierte Kostenschätzung des Ingenieurbüros Dünser.Aigner.Kollegen ermittelt ca. 905.000,00 € brutto an Investitionskosten für den Neubau eines 2. Nachklärbeckens einschließlich der Arbeiten für die Einbindung in die bestehende Kläranlage.

b) Co-Vergärung

Die Kläranlage muss derzeit elektrische (Strom) und thermische (Erdgas) Energie von Versorgungsunternehmen beziehen. Die vorhandene Mikrogasturbine ist nur etwa zur Hälfte ausgelastet, da nicht mehr Klärgas anfällt.

Der bestehende Faulurm (Volumen 900 m³) ist bei der Kapazitätserweiterung (auf 30.000 EW) nicht vollständig ausgelastet.

Durch die freien Kapazitäten in der Faulung und bei der Mikrogasturbine bietet sich die Möglichkeit zur Co-Vergärung an.

Für eine wirtschaftliche Co-Vergärung ist ein hochkalorisches, möglichst stoffreiches und hygienisches Co-Substrat erforderlich.

Im Rahmen eines Feldversuches (seit Oktober 2015) wurde bisher auf der Kläranlage Unterföhring das „Profermo“- Gärsubstrat der Firma Berndt, Oberding, eingesetzt (Lastfall 1).

Eine erste Zwischenbilanz ergibt, dass aus einem m³ „Profermo“ ca. 140 m³ Klärgas mit einem Energiegehalt von ca. 880 kWh gewonnen werden können. Bei einer maximalen täglichen Zugabemenge von ca. 2,2 m³ wurde dieses Gärsubstrat bisher erfolgreich getestet. Die Kosten betragen 10,00 € brutto je m³ (frei angeliefert).

Ein weiterer Feldversuch wurde bereits mit Fett aus Abscheidern (Anlieferung durch Firma Matzinger, Unterföhring). gestartet. Da das Fett bei niedrigen Temperaturen zähflüssig wird, konnte es bis dato noch nicht ausreichend auf der Kläranlage getestet werden, so dass der Energiegehalt noch nicht beurteilt werden kann.

Die Versuche sollen mit Beginn der wärmeren Jahreszeit fortgeführt werden um die Eignung dieses Fettes als Co-Substrat beurteilen zu können. Das Fett wird von der Firma Matzinger (inklusive Anlieferung) kostenfrei zur

26. Sitzung des Gemeinderates vom 16.03.2016

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Verfügung gestellt. Es besteht zudem die Möglichkeit, dass die Gemeinde Unterföhring für das Fett Entsorgungsgebühren erhebt. Für die Annahme von Fett ist die Beheizung und Wärmedämmung des Pufferbehälters bzw. der Suspension erforderlich, um Betriebsprobleme (Verbacken) zu vermeiden. Als Lastfall 2 wird eine Mischung aus Fett und „Profermo“ angesetzt.

Nach Kostenschätzung des Ingenieurbüros Dünser.Aigner.Kollegen betragen die Investitionskosten für eine Co-Vergärung (komplette Anlagentechnik und Einbindung in bestehende Kläranlage) ca. 195.000,00 € brutto. Nach Berücksichtigung der Einsparung der Isolierung des Faulbehälters betragen diese dann nur noch 135.000,00 € brutto (Einsparung 60.000,00 € brutto).

Die Wirtschaftlichkeit der Co-Vergärung ist durch eine Bund/Länder Arbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA) – Berechnung für beide Lastfälle (LF 1 und 2) nachgewiesen.

Der Vorteil gegenüber einem externen Energiebezug liegt in der günstigeren Eigenproduktion von Strom und Wärme und der Möglichkeit den bestehenden Faulbehälter trotz schlechter Isolierung durch den Überschuss an thermischer Energie weiter zu betreiben. Die dann notwendige Isolierung des Faulbehältertrichters, die durch den Vorentwurf des Ingenieurbüros Wipfler.Plan.Köpf festgestellt wurde, kann entfallen. Die vom Ingenieurbüro Wipfler.Plan.Köpf angesetzten Kosten für die Isolierung der Faulbehälteroberfläche werden sicherheitshalber beibehalten, da Bauschäden erkennbar sind.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass eine Co-Vergärung mit dem Produkt „Profermo“ (LF 1) oder in Kombination mit Fettabscheiderinhalten (LF 2) auf der Kläranlage Unterföhring wirtschaftlich ist, weil freie Kapazitäten der vorhandenen Mikrogasturbine und Faulbehälters genutzt werden können, um durch das zusätzlich anfallende Klärgas Strom und Wärme zu erzeugen. Diese Energie ist CO₂ –neutral.

c) Solare Trocknung

Der ausgefaulte Klärschlamm wird derzeit in einem unterirdischen Schlamm-speicher gepuffert und bei Vollenfüllung des Speichers lohnentwässert. Der abgepresste Schlamm wird in verschiedene Kraftwerke transportiert und dort entsorgt. Im Zuge der Kläranlagenerweiterung wird die Lohnentwässerung durch eine stationäre Schlammmentwässerung ersetzt. Der auf einem Trockensubstanzgehalt von 26% entwässerte Schlamm ist anschließend zu entsorgen. Der Entsorgungspreis beträgt derzeit brutto 88,40 €/je Tonne. Im Jahr 2015 wurden ca. 83.737,00 € brutto für die Lohnentwässerung und ca. 67.468,00 € brutto für die Klärschlamm-entsorgung aufgewendet. Durch die solare Trocknung kann die Schlammmenge auf ca. 37% der Ausgangsmenge mit geringem elektrischem bzw. thermischem Energieaufwand reduziert werden. Die Sonne liefert die Trocknungsenergie kostenlos. Durch die Verdunstung von Wasser wird die Menge reduziert. Entsprechend reduzieren sich die Transport- und Entsorgungskosten. Mit

26. Sitzung des Gemeinderates vom 16.03.2016

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Beschluss des Gemeinderates vom 08.10.2015, Nr. 297 wurde die Erstellung eines Vorentwurfes für eine solare Klärschlamm Trocknung beschlossen. In der vorliegenden Vorentwurfsplanung des Ingenieurbüros Dünser.Aigner.Kollegen wird dargestellt, dass in dieser Anlage der Schlamm, der in einer stationären Schlammentwässerung zukünftig auf ca. 26% Trockenrückstand entwässert wurde mit Hilfe der Sonnenenergie auf mindestens 70% Trockenrückstand getrocknet wird. Dadurch reduziert sich die zu entsorgende Menge auf etwa 37% der Eingangs menge.

Als Mittelwert bis zur Erreichung der maximalen Ausbaukapazität wird (unter Berücksichtigung der Co-Vergärung) eine Jahresmenge von 1.748 t/a entwässerter Schlamm prognostiziert (siehe Bemessung).

Nach der Trocknung ergibt sich daraus eine Menge von 649 t/a (entspricht 37%). Dies bedeutet, dass jährlich 1.099 t Wasser in der Trocknung verdunstet werden können. Beim derzeitigen Entsorgungspreis von brutto 88,40 €/t ergibt sich eine Reduktion der Entsorgungskosten in Höhe von rund 97.000 € pro Jahr. Insgesamt ergibt sich durch die anfallenden Betriebskosten, z.B. Arbeitszeit/Strom, dann ein geringerer betrieblicher Vorteil in Höhe von ca. 70.600 €/a. Außerdem wird die Umwelt nicht mit dem Transport dieser Wassermenge belastet.

Die Kostenschätzung der Vorplanung ergibt für die Errichtung der solaren Trocknung inkl. technischer und verkehrstechnischer Anbindung Kosten in Höhe von ca. 1.210.000,00 € brutto inkl. Nebenkosten.

Der Wirtschaftlichkeitsvergleich nach LAWA ergibt für einen 30-jährigen Betrachtungszeitraum und eine angenommene Steigerungsrate der laufenden Kosten von 2% pro Jahr einen Kostenvorteil von 11% gegenüber der reinen Entsorgung. Die solare Trocknung ist somit wirtschaftlich. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass durch den Bau einer solaren Klärschlamm Trocknungsanlage die anfallenden Entsorgungsmengen auf 37% der Ausgangsmenge (nach Schlammentwässerung) reduziert werden können. Dies reduziert die Entsorgungs- und Transportkosten entsprechend. Daraus resultiert die Wirtschaftlichkeit der solaren Trocknung. Etwa 1.100 t Wasser pro Jahr müssen nicht mehr transportiert und entsorgt werden.

Die Investitionskosten für die solare Klärschlamm Trocknung betragen ohne Grundstückserwerb ca. 1.210.000,00 € brutto inkl. Nebenkosten.

Der Flächenbedarf für die Errichtung einer solaren Trocknung inkl. der notwendigen Andienungsflächen beträgt ca. 4.500 bis 6.000 m² (davon ca. 2.000m² für das Gebäude). Auf dem vorhandenen Betriebsgelände kann diese Anlage nicht errichtet werden. Es wäre z.B. eine Mitnutzung des für den Neubau des Bauhofs vorgesehenen Standorts zu prüfen.

Die Präsentation, Stand 23.02.2016, vom Ingenieurbüro Dünser.Aigner.Kollegen wurde dem Gremium zugestellt.

26. Sitzung des Gemeinderates vom 16.03.2016

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Wenn der Gemeinderat der Kapazitätserweiterung der Kläranlage mit allen weiteren Vorschlägen des Ingenieurbüros Dünser.Aigner.Kollegen zustimmt, entstehen für die Jahre 2016 bis 2018 Gesamtkosten (Baukosten/Technik und Planungskosten/Baunebenkosten) für

1. Kapazitätserweiterung auf 30.000 EW von ca.	8.316.000 € brutto
2. Sanierung des Faulbehälters ca.	756.000 € brutto
3. Neubau eines 2. Nachklärbeckens ca.	905.000 € brutto
4. Realisierung CO-Vergärung ca.	135.000 € brutto
5. Solare Klärschlamm-trocknung ca.	1.210.000 € brutto
Gesamtkosten von ca.	11.322.000 € brutto

davon sind Planungskosten/Baunebenkosten von ca. 1,9 Mio. € brutto enthalten.

Nach Mitteilung vom Ingenieurbüro Dünser.Aigner.Kollegen fallen im Haushaltsjahr 2016 keine Baukosten/Technik an sondern es ist nur mit Planungskosten/Baunebenkosten zu rechnen.

Beschluss: 24 : 0

Der Gemeinderat folgt dem Empfehlungsbeschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss vom 23.02.2016, Nr. 259, folgende zusätzliche Maßnahmen umzusetzen:

a) Errichtung eines zusätzlichen Nachklärbeckens mit geschätzten Kosten des Ingenieurbüros Dünser.Aigner.Kollegen, München in Höhe von ca. 905.000,00 € brutto (für den Neubau eines 2. Nachklärbeckens einschließlich der Arbeiten für die Einbindung in die bestehende Kläranlage inkl. Nebenkosten).

b) Einsatz einer Co-Vergärung mit geschätzten Kosten des Ingenieurbüros Dünser.Aigner.Kollegen, München in Höhe von ca. 135.000,00 € brutto (komplette Anlagentechnik und Einbindung in bestehende Kläranlage, unter Berücksichtigung der Einsparung der Isolierung des Faulbehälters inkl. Nebenkosten).

c) Errichtung einer Solaren Trocknung mit geschätzten Kosten des Ingenieurbüros Dünser.Aigner.Kollegen, München in Höhe von ca. 1.210.000,00 € brutto (für die Errichtung der solaren Trocknung inkl. technischer und verkehrstechnischer Anbindung inkl. Nebenkosten).

Da auf dem vorhandenen Betriebsgelände der Kläranlage Unterföhring die Anlage für die solare Trocknung nicht errichtet werden kann (Flächenbedarf ca. 4.500 bis 6.000 m²), sind geeignete Standorte zu prüfen.

Die Verwaltung wird beauftragt, mögliche Varianten für den erforderlichen Grundstücksbedarf zu prüfen.

26. Sitzung des Gemeinderates vom 16.03.2016

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Für das Haushaltsjahr 2016 sind auf HHSt. 7000.9421 Baukosten/Technik Haushaltsmittel von 1,25 Mio. € brutto und auf HHSt. 7000.9550 Planungskosten/Baunebenkosten Haushaltsmittel von 300.000 € brutto eingestellt.

AZ 6323
Bauamt

366

24

Freiwillige Feuerwehr Unterföhring: Weitere Überlegungen zur Optimierung des Standortes im Ortskern und Sachstandsbericht für den künftigen Feuerwehrbetrieb

Der Bürgermeister bringt den Beschluss des Gemeinderates vom 22.09.2015 G281 in Erinnerung. In dieser Sitzung wurde aus der Mitte des Gremiums der Wunsch geäußert, den momentanen Planentwurf „Variante Innenhof“, Stand 10.09.2015, welcher eine Sackgassenregelung der St.-Florian-Straße vorsieht und eine Durchfahrt zum St.-Valentin-Weg nicht mehr ermöglicht, um einen Planentwurf zu erweitern, der eine weiterhin mögliche Durchfahrt sicherstellt. Hierbei sind städtebauliche Aspekte, eine Straßenverschwenkung-/Führung der St.-Florian-Straße sowie eine Grünzugplanung zu berücksichtigen.

Der Bürgermeister erinnert an die Vorstellung der Entwurfsvariante „Innenhof“, Stand 10.09.2015, sowie den Konzeptentwurf 5c „Umbau/Erweiterung“, Stand 15.07.2015, durch die Firma kplan AG in der Gemeinderatssitzung am 22.09.2015. Der 1. Kommandant der Freiwilligen Feuerwehr Unterföhring, Herr Michael Spitzweg, hat in dieser Sitzung außerdem die Präsentation „Erweiterung Gerätehaus“ vorgestellt. Diese Unterlagen wurden den Gremiumsmitgliedern zugestellt.

Die weiteren Schritte sollten auf dieser Basis fortgeführt werden. Die geänderten Planentwürfe „Variante L-Form“, Stand 14.10.2015, zugehöriger Grünzugplan, Stand 23.10.2015 sowie „Variante Innenhof“, Stand 10.09.2015, inkl. zugehörigem Grünzugplan, Stand 23.10.2015, wurden dem Gremium zur Verfügung gestellt und wurden in der Vorunterrichtung des Gemeinderates am 14.03.2016 vorgestellt und die Fragen des Gremiums beantwortet. Ebenso wurden an diesem Tag die Ausführungen des 1. Kommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Unterföhring, Herrn Michael Spitzweg, zur Kenntnis genommen und auftretende Frage beantwortet.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass es sich bei den vorgelegten Entwürfen um kein förmliches Verfahren handelt. Diese Untersuchung dient lediglich dazu einen ersten Gesamteindruck und Überblick zu erhalten.

Die Stellungnahme des Kreisbrandmeisters, Herrn Vielhuber, Oberhaching, vom 12.01.2016, zu den Erweiterungsplanungen (Feststellung des Umfangs der erforderlichen Erweiterung) und zur Einsatzlage (Sicherheitsbelange etc.) wurde den Mitgliedern zugestellt und bekanntgegeben.

26. Sitzung des Gemeinderates vom 16.03.2016

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende verweist außerdem auf den Beschluss des Gemeinderats vom 17.02.2016 in dem u.a. beschlossen wurde, dass für die Feuerwehrerweiterung St.-Florian-Straße für die Jahre 2016 bis 2018, Baunebenkosten (u.a. Planungskosten) und ab 2019 Baukosten/Hochbau eingestellt sind.

Das Gemeinderatsmitglied Herr Weingärtner stellt einen Antrag gemäß § 22 Abs. 3 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat. Herr Weingärtner bittet für eine Fraktionsberatung um eine 5-minütige Sitzungsunterbrechung. Zu diesem Zeitpunkt waren noch vier Wortmeldungen registriert.

Beschluss: 24 : 0

Nachdem der Antrag von Herrn Weingärtner einstimmig angenommen wurde, wird die Sitzung für eine 5-minütige Fraktionsberatung in der Zeit von 21:25 Uhr bis 21:30 Uhr unterbrochen und im Anschluss mit den bereits aufgenommenen Wortmeldungen fortgeführt.

Nach weiterer ausgiebiger Diskussion im Gremium stellt das Gemeinderatsmitglied Frau Rader einen Antrag gemäß § 22 Abs. 3 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat auf Schließung der Rednerliste. Zu diesem Zeitpunkt waren noch drei Wortmeldungen registriert.

Beschluss: 24:0

Nachdem der Antrag von Frau Rader einstimmig angenommen wurde, wird die Rednerliste nach den drei registrierten Wortmeldungen geschlossen.

Nach Beendigung der Wortbeiträge aus dem Gremium lässt der Vorsitzende über den eigentlichen Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss: 21 : 3

Der Gemeinderat nimmt die vorgelegten Planentwürfe der kplan AG, Abensberg, „Variante L-Form“, Stand 14.10.2015, zugehöriger Grünzugplan, Stand 23.10.2015, sowie „Variante Innenhof“, Stand 10.09.2015, inkl. zugehörigem Grünzugplan, Stand 23.10.2015, zur Kenntnis und spricht sich dafür aus, den Feuerwehrstandort an der St.-Florian-Straße auf Grundlage der vorliegenden Untersuchungsvariante „L-Form“ zu realisieren.

Die Verwaltung wird ermächtigt die weiterführenden Schritte sowie die vergaberechtlichen Maßnahmen (Architekten-Wettbewerb, Plangutachten etc.) in die Wege zu leiten um den geplanten Baubeginn in 2019 zu ermöglichen. Die Ergebnisse sind dem Gemeinderat zu gegebener Zeit zur weiteren Entscheidung vorzulegen.

26. Sitzung des Gemeinderates vom 16.03.2016

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Bei der Vorbereitung dieser weiterführenden Schritte ist -wie bisher- insbesondere die Feuerwehr vollumfänglich mit einzubeziehen. Dabei ist auf die bestmögliche Innenhofgestaltung (Rangierflächen, Straßenverschwengung) zu achten.

AZ 611
Bauamt

367 24 **Gemeindeblatt Unterföhring: Sachstandsbericht und weiteres Vorgehen**

Der Bürgermeister erinnert an den Gemeinderatsbeschluss vom 11.12.2014, Nr. 137, wonach vom 1. Juli 2015 an für einen Probezeitraum von zunächst drei Jahren ein farbiges Ortsnachrichtenblatt mit einer Auflage von ca. 7.000 Stück an alle Unterföhringer Haushalte sowie an Unterföhringer Gewerbebetriebe kostenlos verteilt werden soll. Das wöchentlich erscheinende Ortsnachrichtenblatt soll demnach 16 DIN A4-Seiten umfassen, davon nicht mehr als 25 Prozent Werbung, und an die damaligen Ortsnachrichten angelehnt sein. Die Verwaltung wurde beauftragt, das Ausschreibungsverfahren durchzuführen.

Weiterhin erinnert der Bürgermeister an den Gemeinderatsbeschluss vom 16.04.2015, Nr. G 190, mit welchem die Firma Ortmaier Druck GmbH, Frontenhausen, als wirtschaftlichste Anbieterin mit der Herstellung und dem Druck des neuen Ortsnachrichtenblattes für den Dreijahreszeitraum vom 01.07.2015 bis 30.06.2018 beauftragt wurde. Als künftiger Name für das neue Ortsnachrichtenblatt wurde „Gemeindeblatt Unterföhring“ festgelegt.

Die redaktionelle Bearbeitung des Gemeindeblattes zählt grundsätzlich zu den Aufgaben der Gemeindeverwaltung; insofern unterfällt die Annahme, Durchsicht, Bearbeitung und Erstellung bestimmter Beiträge als laufende Angelegenheit in den Zuständigkeitsbereich des Bürgermeisters.

Der Bürgermeister berichtet, dass seit der Erstauflage des Gemeindeblattes am 3. Juli 2015 bis zum 11. Februar 2016 insgesamt 29 Ausgaben erschienen sind. Lediglich in den Kalenderwochen 33 und 34 – Sommerpause - sowie 52 und 53 – Winterpause - wurde kein Gemeindeblatt aufgelegt.

Das Gemeindeblatt ist unterteilt in die folgenden Rubriken:

1. Titelgeschichte
2. „Weisheit der Woche“
3. Bereitschaftsdienste Apotheken, Notdienste der Ärzte, Tiernotruf
4. Wichtige Telefonnummern
5. Impressum
6. Aus Rathaus und Gemeinde (amtlicher Teil)
7. Aus Rathaus und Gemeinde (nichtamtlich)
8. Parteien
9. Kinder und Jugend
10. Senioren

26. Sitzung des Gemeinderates vom 16.03.2016

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- 11. Vereinsleben
- 12. Kirchen
- 13. Bildung und Kultur
- 14. Anzeigen

Die Gemeindeverwaltung veröffentlicht in den Rubriken 1, 6, 7, 9, 10, 13 unter anderem ihre Bekanntmachungen, Stellen- und Wohnungsanzeigen, Berichte aus dem Gemeinderat, Berichte von Veranstaltungen, Jubiläen, Glückwünsche, Gratulationen, Seniorenprogramm, Kinder- und Jugendprogramm, Kulturprogramm. Aktuelle, anlassbezogene Mitteilungen des Landkreises werden ebenfalls mit aufgenommen.

Sehr viele Unterföhringer Vereine, Institutionen und Organisationen nehmen das Angebot der Gemeinde an und veröffentlichen regelmäßig bzw. sporadisch in den Rubriken 8, 9, 10, 11, 12, 13 eigene Beiträge.

Laut Gemeinderatsbeschluss vom 11.12.2014, Nr. 137, soll das wöchentlich erscheinende Ortsnachrichtenblatt 16 DIN A4-Seiten umfassen, davon nicht mehr als 25 Prozent Werbung. Dies ergibt eine Seitenzahlbelegung von üblicherweise zwölf Seiten Text und vier Seiten Anzeigen. Für die Veröffentlichung der Textbeiträge reichen im Regelfall zwölf Textseiten aus. Der beschränkte Platz führt auch dazu, dass die Autoren die eingereichten Texte kurz und prägnant formulieren, was die Lesefreundlichkeit des Gemeindeblattes kennzeichnet.

Die Erfahrungen mit dem neuen Gemeindeblatt sind positiv. Für die Redaktion gestaltet sich die Zusammenarbeit mit dem Verlag sehr positiv. Dieser arbeitet sehr zuverlässig und termingerecht bei durchwegs sehr guter Arbeitsqualität. Anlaufschwierigkeiten bei der Verteilung des Gemeindeblattes konnten in enger Abstimmung zwischen Verlag und Redaktion weitestgehend behoben werden. Seither werden einzelfallbezogene Verteilungsausfälle dem Verlag kurzfristig zur Kenntnis gebracht, und von diesem zeitnah behoben. Die flächendeckende Verteilung des Gemeindeblattes ist damit im Regelfall gegeben.

Die Zusammenarbeit mit den Unterföhringer Vereinen, Organisationen und Institutionen hat sich ebenfalls sehr gut eingespielt. Die eingesandten Beiträge werden in der Redaktion gegengelesen, auf Rechtschreibung korrigiert und – beispielsweise hinsichtlich der Nennung von Daten und Uhrzeiten – einheitlich formatiert. Bedarfsweise werden durch die Redaktion auch Bildrechte nachgefragt, Bildmaterial nachgefordert, Bildunterschriften oder Textüberschriften formuliert sowie eventuelle inhaltliche Lücken oder Widersprüche nachrecherchiert.

In der Vorinformation am 14.03.2016 stand dem Gremium die Rechtsanwaltskanzlei bbh, München für Fragen zum Thema „Veröffentlichungen im Gemeindeblatt“ zur Verfügung.

Der Gemeinderat nimmt den Sachstandsbericht zum Gemeindeblatt Unterföhring zur Kenntnis. Der Erprobungszeitraum soll weiter genutzt

26. Sitzung des Gemeinderates vom 16.03.2016

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

werden, um bedarfsgerechte Anpassungen vorzunehmen.

Eine Beschlussfassung in heutiger Sitzung ist nicht veranlasst.

AZ 0402

Referent des Bürgermeisters

368 24 **Einheimischen-Modell an der Aschheimer Straße; Sachstandsbericht**

Der Erste Bürgermeister erinnert an den Beschluss des Gemeinderats vom 11.02.2015, Nr. 169. Im Rahmen des Antrags der PWU-Fraktion "Bau von Eigentumswohnungen im Einheimischen Modell an der Aschheimer Straße" wurde beschlossen die Vergaberichtlinien mit Stand 2011 zu überarbeiten.

Der Vorsitzende erinnert in diesem Zusammenhang auch an die Sitzung des Gemeinderats vom 12.11.2015, Nr. G30, mit welchem sich das Gremium darauf verständigt hat, diesen Tagesordnungspunkt vorerst zurückzustellen.

Zwischenzeitlich sind von den Fraktionen Vorschläge und Anregungen für die Überarbeitung bei der Verwaltung eingereicht worden. Diese wurden von Herrn Dr. Reicherzer, Becker Büttner Held – BBH Rechtsanwälte, München, der bereits die Erstellung der Vergaberichtlinien begleitet hat, juristisch geprüft und entsprechend eingearbeitet.

Mit Schreiben vom 21.01.2016 wurden die überarbeiteten Vergaberichtlinien, Stand 19.01.2016, den Mitgliedern des Gemeinderats zugestellt.

Der Vorsitzende verweist außerdem auf den Beschluss des Gemeinderats vom 17.02.2016 in dem u. a. Planungskosten (nur BauNK) für den Mietwohnungsbau (Zeile 18) für die Jahre 2017 und 2018 beschlossen wurden. Ab 2019 sind hierfür Baukosten (Hochbau) angesetzt.

Der Bürgermeister bringt zur Kenntnis, dass die Umsetzung für die Reihenhausszeile nach Abschluss der Planungen für den Mietwohnungsbau (Zeile 18) voraussichtlich ab 2018 aufgenommen werden kann.

Beschluss: 24 : 0

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung nach Abschluss der Planungsleistungen für den Mietwohnungsbau (Zeile 18) ggf. im Einheimischen-Modell an der Aschheimer Straße die Vergaberichtlinien noch einmal entsprechend zu überarbeiten und dem Gremium den aktuellen Stand in einer späteren Sitzung des Gemeinderats erneut zur Behandlung

26. Sitzung des Gemeinderates vom 16.03.2016

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

vorzulegen. Eine Bedarfsumfrage zur Ausweisung einer neuen Reihenhäuserzeile ist dann in 2018 einzuplanen.

AZ 61
Bauamt

369 24 **Parkhaus an der Diesel-/Betastraße; Sachstandsbericht**

Der Erste Bürgermeister bringt die Beschlüsse des Gemeinderates vom 12.09.2013, Nr. 1019, sowie des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusses vom 24.02.2015, Nr. 130, in Erinnerung

Mit Beschluss des Gemeinderates vom 21.01.2016, Nr. 321, schloss sich dieser der Empfehlung des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusses mit Beschluss vom 24.11.2015, Nr. 234, vollinhaltlich an.

Das Parkhaus mit Tiefgarage am Standort E (zwischen Beta-Straße und Dieselstraße) ist aus wirtschaftlichen Gründen als Parkhaus mit Tiefgeschoss auszuführen.

Der Beschluss des Gemeinderates vom 16.04.2015, Nr. 198, wurde dahingehend geändert.

Durch die Verwaltung ist eine funktionale Leistungsbeschreibung unter Berücksichtigung folgender Punkte auszuarbeiten und dem Gemeinderat vorzulegen:

- optimale Ausnutzung der Grundstücksgröße
- verkehrliche Beurteilung der Zu- und Abfahrten
- Parkleitsystem mit Einzelerfassung
- Mögliche Vernetzung mit Parkleitsystem
- Aufzugsanlage (barrierefrei)
- Fassadengestaltung (Fassadensystem Systemhersteller, Architekt)
- Bewirtschaftungskonzept

Mit Schreiben des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege wurde mit Schreiben vom 17.08.2015 mitgeteilt, dass nach deren bisherigen Kenntnisstand gegen die Planung auf Fl.Nr. 239, Gmkg. Unterföhring, von Seiten der Bodendenkmalpflege kein Einwand besteht. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass eventuell zu Tage tretende Bodendenkmäler der Meldepflicht an das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege oder die Untere Denkmalschutzbehörde gemäß Art. 8 Abs. 1 – 2 DSchG unterliegen.

Für Fl.Nr. 239 der Gemarkung Unterföhring liegt die Freigabe zur Kampfmittelfreiheit durch das Büro Buchwieser Geotechnik, 82467 Garmisch-Partenkirchen, vom 10.03.2014 vor. Eine Ausnahme zur Freigabe bilden drei

26. Sitzung des Gemeinderates vom 16.03.2016

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

kleinere Teilflächen, welche im Plan zur Freigabe durch eine braune Schraffur gekennzeichnet sind.

Mit der verkehrlichen Beurteilung der Standorte Tiefgarage Bürgerfestplatz und Parkhaus Diesel- Betastraße wurde das Büro MVPT, Verkehrsplanung und Verkehrstechnik München GmbH, 81379 München, mit Schreiben vom 12.01.2016 beauftragt. Das Startgespräch fand am 15.02.2016 im Rathaus statt. Derzeit werden die Unterlagen gesichtet und bewertet. Erste Angaben werden laufende März 2016 erwartet.

Für die Erarbeitung der funktionalen Ausschreibung wurde der Dienstleister P + R GmbH, München, hinzugezogen. Aufgrund Satzung der P + R GmbH ist es dieser nicht möglich, sich als Dienstleister für die Bewirtschaftung des Parkhauses oder die Tiefgarage zu bewerben. Eine Kollision mit künftiger Bewirtschaftung ist daher nicht gegeben.

Eine Beschlussfassung in heutiger Sitzung ist nicht veranlasst.

AZ 621
Bauamt

370

24

Festlegung des Standortes für die historische Diesellok

Der Bürgermeister erinnert an den Beschluss des Gemeinderates vom 18.09.2014, Nr. 82, und berichtet, dass die Restaurierung der historischen Diesellok durch den Feringer Sach Museum- und Heimatverein e.V. abgeschlossen ist.

Am 22.02.2016 fand ein Ortstermin mit Mitgliedern des Gemeinderates, des Feringer Sach Museum- und Heimatvereins e.V. sowie der Verwaltung zur Festlegung des zukünftigen Standortes für die Diesellok statt.

Die beiden möglichen Standorte sind

- der nordöstliche Garten des Zindlerhauses, Am Bahnhof 2,
- und in der Grünfläche des Wendeplatzes des Ortsbusses westlich vom Haupteingang des S-Bahnhofs.

Die Diesellok soll frei ohne Überdachung stehen. Durch die Größe der Diesellok mit einer Gesamtbreite von 1,60 m, einer Gesamtlänge von 4,10 m und einer Höhe von 2,85 m und einem Gewicht von ca. 8 Tonnen sind beide Standorte gleichermaßen geeignet. Für beide Standorte sind Baumaßnahmen erforderlich. Es sollte jeweils ein Schienenstrang mit Gleisbett verlegt werden und beim Zindlerhaus wäre eine Beleuchtung notwendig, während an der Bus-Wendeplatte ein Zaun erforderlich ist.

Beim Ortstermin haben sich die Teilnehmer eher für die Aufstellung beim Zindlerhaus ausgesprochen. Durch die weitere Planung der Unterföhringer Ortsmitte bleibt der Standort flexibel.

26. Sitzung des Gemeinderates vom 16.03.2016

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Aufgrund von potenziellem Verletzungsrisiko soll vor der Aufstellung eine versicherungstechnische Prüfung erfolgen.

Die Kostenschätzung des Technischen Tiefbauamtes liegt bei 9.000 €/brutto für beide Standorte.

Die Kosten sind auf HHSt. 5800.5010 zu verbuchen.

Beschluss: 24 : 0

Der Gemeinderat spricht sich für den Standort der historischen Diesellok im nordöstlichen Garten des Zindlerhauses, Am Bahnhof 2, aus. Die Diesellok soll auf einem Schienenstrang mit Gleisbett verlegt werden. Eine versicherungstechnische Prüfung ist durchzuführen. Die Umsetzung soll im Frühjahr 2016 erfolgen.

Die geschätzten Kosten von 9.000 €/brutto sind auf HHSt. 5800.5010 zu verbuchen.

AZ 610
Bauamt

371 24

**Realisierung der Unterföhringer Ortsmitte (UFO):
Teilaufhebung Bebauungsplan Nr. 12/59 zur Änderung des Bebauungs-
und Baulinienplanes für den Einmündungsbereich Föhringer
Allee/Zufahrt in das Gewerbegebiet an der Johanneskirchner Straße;
Aufstellungsbeschluss zur Aufhebung**

Der Erste Bürgermeister erläutert den Sachstand zur Unterföhringer Ortsmitte und bringt den Gemeinderatsbeschluss vom 17.02.2016, Nr. 347, in Erinnerung, mit welchem sich das Gremium dem Verhandlungsergebnis aus den Gesprächen mit den platzierten des Wettbewerbs vom 29.01.2016 anschloss und für die Realisierung der Volkshochschule mit Musikschule Unterföhring (Gebäude und Freiflächen) sowie der entsprechenden Bauleitplanung (Aufstellung Bebauungsplan) die ARGE Hirner und riehl Architekten und Stadtplaner, München, kauba architektur, München, LAB Landschaftsarchitektur Brenner Partnerschaft, Landshut, beauftragte.

Weiter stellt der Bürgermeister fest, dass für einen Teilbereich für das Gebiet der Unterföhringer Ortsmitte der Bebauungsplan Nr. 12/59 (beim Landratsamt München geführt unter AZ IV/1 B I 85/58-610-4-2) zur Änderung des Bebauungs- und Baulinienplanes für den Einmündungsbereich Föhringer Allee / Zufahrt in das Gewerbegebiet an der Johanneskirchner Straße rechtskräftig ist.

26. Sitzung des Gemeinderates vom 16.03.2016

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Auf Grund der Realisierung der Unterföhringer Ortsmitte und der damit verbundenen Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 84/16 ist der Bebauungsplan Nr. 12/59 in den die Unterföhringer Ortsmitte betreffenden Teilbereichen aufzuheben. Auf Grund der telefonischen Mitteilung des Landratsamtes München, Frau Gnyp, vom 07.03.2016 ist der Bebauungsplan Nr. 12/59 besser vollständig aufzuheben.

Der Realisierungsteil der Unterföhringer Ortsmitte (UFO) umfasst die Grundstücke Fl.Nrn. 202 und 203/12 (1. Bauabschnitt) sowie die Grundstücke Fl.Nrn. 201, 186/2, 186/14, 203/ 11 und Fl.Nr. 203/3 inklusive der nördlichen Teilfläche der Diagonale Föhringer Allee (Fl.Nr. 189/10 TF). Der Ideenteil umfasst das Grundstück Fl.Nr. 184/4 sowie den südlichen Teilfläche der Diagonale Föhringer Allee (Fl.Nr. 189/10 TF).

Beschluss: 24 : 0

Der Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 12/59 zur Änderung des Bebauungs- und Baulinienplanes für den Einmündungsbereich Föhringer Allee / Zufahrt in das Gewerbegebiet an der Johanneskirchner Straße wird zugestimmt.

Es ist ein Aufhebungsbebauungsplan im Sinne der §§ 12 und 30 BauGB aufzustellen.

Mit der Ausarbeitung eines Planentwurfes ist das LAB Landschaftsarchitektur Brenner Partnerschaft, Landshut, zu beauftragen.

AZ 6100
Bauamt

372 24

**Realisierung der Unterföhringer Ortsmitte (UFO);
Teilaufhebung Baulinien-, Bebauungs- und Aufstellungsplan Nr. 21 für
ein Gebiet zwischen der Johanneskirchner Straße, Sudetenstraße,
Egerlandstraße, Feldstraße und Bahnhofstraße und südlich der
Bahnhofstraße; Aufstellungsbeschluss zur Aufhebung**

Der Erste Bürgermeister erläutert den Sachstand zur Unterföhringer Ortsmitte und bringt den Gemeinderatsbeschluss vom 17.02.2016, Nr. 347, in Erinnerung, mit welchem sich das Gremium dem Verhandlungsergebnis aus den Gesprächen mit den platzierten des Wettbewerbs vom 29.01.2016 anschloss und für die Realisierung der Volkshochschule mit Musikschule Unterföhring (Gebäude und Freiflächen) sowie der entsprechenden Bauleitplanung (Aufstellung Bebauungsplan) die ARGE Hirner und riehl Architekten und Stadtplaner, München, kauba architektur, München, LAB Landschaftsarchitektur Brenner Partnerschaft, Landshut, beauftragte.

26. Sitzung des Gemeinderates vom 16.03.2016

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Weiter stellt der Bürgermeister fest, dass für das Gebiet der Unterföhringer Ortsmitte der Baulinien-, Bebauungs- und Aufstellungsplan Nr. 21 für ein Gebiet zwischen der Johanneskirchner Straße, Sudetenstraße, Egerlandstraße, Feldstraße und Bahnhofstraße und südlich der Bahnhofstraße in Unterföhring in Teilbereichen rechtskräftig ist.

Auf Grund der Realisierung der Unterföhringer Ortsmitte und der damit verbundenen Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 84/16 ist der Bebauungsplan Nr. 21 in den die Unterföhringer Ortsmitte betreffenden Teilbereichen aufzuheben. Auf Grund der telefonischen Mitteilung des Landratsamtes München, Frau Gnyp, vom 07.03.2016 ist der Bebauungsplan Nr. 21 besser vollständig aufzuheben.

Der Realisierungsteil der Unterföhringer Ortsmitte (UFO) umfasst die Grundstücke Fl.Nrn. 202 und 203/12 (1. Bauabschnitt) sowie die Grundstücke Fl.Nrn. 201, 186/2, 186/14, 203/ 11 und Fl.Nr. 203/3 inklusive der nördlichen Teilfläche der Diagonale Föhringer Allee (Fl.Nr. 189/10 TF). Der Ideenteil umfasst das Grundstück Fl.Nr. 184/4 sowie den südlichen Teilfläche der Diagonale Föhringer Allee (Fl.Nr. 189/10 TF).

Beschluss: 24 : 0

Der Aufhebung des Baulinien-, Bebauungs- und Aufstellungsplanes Nr. 21 für ein Gebiet zwischen der Johanneskirchner Straße, Sudetenstraße, Egerlandstraße, Feldstraße und Bahnhofstraße und südlich der Bahnhofstraße in Unterföhring wird zugestimmt.

Es ist ein Aufhebungsbebauungsplan im Sinne der §§ 12 und 30 BauGB aufzustellen.

Mit der Ausarbeitung eines Planentwurfes ist das LAB Landschaftsarchitektur Brenner Partnerschaft, Landshut, zu beauftragen

AZ 6102
Bauamt

373 24 **Realisierung der Unterföhringer Ortsmitte (UFO);
Bebauungsplan Nr. 84/16 zur Realisierung der Unterföhringer Ortsmitte;
Aufstellungsbeschluss**

Der Erste Bürgermeister bringt den Gemeinderatsbeschluss vom 17.02.2016, Nr. 347, in Erinnerung.

Weiter erläutert der Bürgermeister den Sachstand und stellt fest, dass für das Gebiet der Bebauungsplan Nr. 12/59 zur Änderung des Bebauungs- und Baulinienplanes für den Einmündungsbereich Föhringer Allee / Zufahrt in das Gewerbegebiet an der Johanneskirchner Straße sowie der Baulinien-,

26. Sitzung des Gemeinderates vom 16.03.2016

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Bebauungs- und Aufstellungsplan Nr. 21 für ein Gebiet zwischen der Johanneskirchner Straße, Sudetenstraße, Egerlandstraße, Feldstraße und Bahnhofstraße und südlich der Bahnhofstraße in Unterföhring in Teilbereichen rechtskräftig ist. Die beiden Bebauungspläne sollen in Teilbereichen aufgehoben werden, die entsprechenden Aufstellungsbeschlüsse zur Aufhebung sollen ebenfalls in heutiger Sitzung gefasst werden.

Im rechtskräftigen Flächennutzungsplan ist das Gebiet als Mischgebiet ausgewiesen. Es wird auf die Gemeinderatsbeschlüsse vom 10.12.2015, Nrn. 308 und 309 hingewiesen, nach denen das Rathaus in die Unterföhringer Ortsmitte verlegt wird. Es wird darauf hingewiesen, dass die Fläche für das Rathaus im Flächennutzungsplan als Fläche für den Gemeinbedarf ausgewiesen werden kann. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die konkrete Fläche noch nicht feststeht.

Der Erste Bürgermeister bringt den Beschluss des Gemeinderates vom 17.02.2016, Nr. 347, in Erinnerung, mit welchem sich das Gremium dem Verhandlungsergebnis aus den Gesprächen mit den platzierten des Wettbewerbs vom 29.01.2016 anschloss und für die Realisierung der Volkshochschule mit Musikschule Unterföhring (Gebäude und Freiflächen) sowie der entsprechenden Bauleitplanung (Aufstellung Bebauungsplan) die ARGE Hirner und riehl Architekten und Stadtplaner, München, kauba architektur, München, LAB Landschaftsarchitektur Brenner Partnerschaft, Landshut, beauftragte.

Der Realisierungsteil der Unterföhringer Ortsmitte (UFO) umfasst die Grundstücke Fl.Nrn. 202 und 203/12 (1. Bauabschnitt) sowie die Grundstücke Fl.Nrn. 201, 186/2, 186/14, 203/ 11 und Fl.Nr. 203/3 inklusive der nördlichen Teilfläche der Diagonale Föhringer Allee (Fl.Nr. 189/10 TF). Der Ideenteil umfasst das Grundstück Fl.Nr. 184/4 sowie den südlichen Teilfläche der Diagonale Föhringer Allee (Fl.Nr. 189/10 TF).

Der Bebauungsplan soll nur für den Realisierungsteil aufgestellt werden.

Beschluss: 24 : 0

Der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 84/16 zur Realisierung der Unterföhringer Ortsmitte, welcher die Grundstücke mit den Fl.Nrn. 186/2, 186/14, 189/10 TF, 201, 202, 203/3, 203/11 und 203/12, umfasst, wird zugestimmt.

Es ist ein Bebauungsplan im Sinne der §§ 12 und 30 BauGB im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB aufzustellen. Mit der Ausarbeitung eines Planentwurfes ist die ARGE Hirner und riehl Architekten und Stadtplaner, München, kauba architektur, München, LAB Landschaftsarchitektur Brenner Partnerschaft, Landshut, zu beauftragen.

AZ 6100
Bauamt

26. Sitzung des Gemeinderates vom 16.03.2016

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

374 24 **Bekanntgaben / Anfragen**

Bekanntgaben:

- Schreiben der SWM bzgl. Quecksilberausscheidung
In dem Schreiben wird berichtet, dass die SWM GmbH ein Verfahren zur Quecksilberabscheidung, das in den USA erfolgreich verwendet wurde, zur weiteren Reduzierung der Quecksilberemissionen eingesetzt haben. Bei dem Versuch stellte sich heraus, dass die bereits jetzt sehr niedrigen Emissionswerte nicht mehr gesenkt werden konnten.
Zur Zeit werden Versuche mit Additiven durchgeführt, die im Bereich der Abfallverbrennung bereits erfolgreich eingesetzt wurden. „Diese Versuchsreihen sind zwar noch nicht abgeschlossen, stimmen uns aber verhalten optimistisch, die Quecksilberemissionen im Block 2 ... noch weiter absenken zu können.“
Parallel dazu werden noch andere Versuche durchgeführt, vor deren Durchführung aber noch die Genehmigung der Regierung von Oberbayern eingeholt werden muss. Mit einer Entscheidung hierüber ist erst Mitte des Jahres zu rechnen.
„Vor einigen Wochen wurden die an das europäische Schadstoffregister gemeldeten Schadstofffrachten des Jahres 2013 im Internet (www.thru.de) veröffentlicht. Dort wird für das MHKW-Nord eine Quecksilberfracht von 39,4 kg ausgewiesen (der Wert 2012 betrug noch 68,6 kg). Diese setzen sich aus 11,1 kg aus der Abfallverbrennung und 28,3 kg aus dem Kohleblock zusammen. Wie wir Ihnen ja bereits in einem früheren Schreiben mitteilten, konnte die Fracht des Kohleblocks aufgrund unserer Bemühungen in 2014 signifikant auf 7.1 kg abgesenkt werden. Die Veröffentlichung dieser Daten ist aber erst für Ende 2016 zu erwarten.
Wir werden Sie, nach Vorliegen weiterer Erkenntnisse, zeitnah informieren.“
- Anfrage SC Isaria bzgl. Nutzung Wappen
Mit Email vom 01.03.2016 hat der 2. Vorstand des SC Isaria, Herr Andreas Huber, über die Verwendung des Gemeindewappens auf der Presse-/Sponsorenwand des SC Isaria angefragt.
Die Verwendung von Wappen (Hoheitszeichen) ist im Sinne des Art. 4 Abs. 3 der Bayerischen Gemeindeordnung genehmigungspflichtig.
Mit Beschluss des Gemeinderates vom 19.04.2012 Nr. 766 wurde dem SC Isaria Unterföhring bereits die Genehmigung für die Verwendung des Wappens auf der vereinseigenen Homepage erteilt. Die Erweiterung des Verwendungsumfangs zur Nutzung des Wappens und Bereitstellung der entsprechenden Daten wird daher als unproblematisch angesehen.
Aus der Mitte des Gremiums wird -bezüglich auf die Erweiterung des Verwendungsumfangs zur Nutzung des Wappens- bereits in der heutigen Sitzung eine positive Haltung signalisiert.
Angesichts der gültigen Beschlusslage aus dem Jahr 2006 (GR-Sitzung am 14.09.2006 Nr G756) ist für diese Anfrage

26. Sitzung des Gemeinderates vom 16.03.2016

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

(Einzelfallentscheidung) jedoch eine formale Behandlung und Beschlussfassung durch den Gemeinderat erforderlich. Diese ist für die nächste Sitzung am 13.04.2016 vorgesehen.

- Zustimmung des Landratsamtes zum Haushalt 2016
Mit Datum vom 26.02.2016 wurde durch das Landratsamt München der Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan 2016 der Gemeinde Unterföhring zugestimmt.
- Zurückstellung des zweiten Abschnitts der Sanierung der Ortsdurchfahrt
Der Bürgermeister berichtet, dass zwischen dem Staatlichen Bauamt Freising und der Gemeinde folgende Mitteilung abgestimmt worden ist: In einer Gemeinschaftsmaßnahme bauen der Freistaat Bayern, die Gemeinde Unterföhring die Ortsdurchfahrt Unterföhring im Zuge der St 2053 aus. Der erste Bauabschnitt zwischen Kirchenweg und Ahornstraße wurde 2015 unter Einsatz eines lärmmindernden Fahrbahnbelags realisiert. Der zweite Abschnitt zwischen Ahornstraße und Kanalbrücke kann nun 2016 nicht gebaut werden. Der Grund dafür sind nicht ausreichende Haushaltsmittel beim Freistaat Bayern. Die Vorhabenträger streben an, den zweiten Bauabschnitt zeitnah zu realisieren.

Anfragen:

- Das Gemeinderatsmitglied Herr Schwarz erkundigt sich nach der Resonanz der beschlossenen Arbeitsmarktzulage für die Beschäftigten der Gemeinde Unterföhring.
Der Hauptamtsleiter, Herr Kipp, erläutert hierzu, dass bis dato ca. 100 Anträge gestellt wurden die derzeit geprüft werden. Es ist geplant, die Arbeitsmarktzulage erstmals mit dem April-Gehalt und rückwirkend zum Januar 2016 auszus zahlen.
- Das Gemeinderatsmitglied Herr Läßing teilt hinsichtlich der Zurückstellung der Sanierung der Ortsdurchfahrt seinen Unmut mit. Der Vorsitzende wird diese Haltung im Namen des gesamten Gemeinderates sowie im Namen der Gemeinde Unterföhring dem Staatlichen Bauamt Freising sowie dem Ministerium übermitteln.
- Das Gemeinderatsmitglied Herr Peischl erkundigt sich, ob es für die Tengelmann-Filiale in der Ahornstraße, die am 16.04.2016 schließt, schon einen Nachfolger gibt. Der Vorsitzende antwortet, dass nach seinem Kenntnisstand nach die Vertragsgespräche mit potenziellen Nachmietern laufen.

AZ 024
Hauptamt

26. Sitzung des Gemeinderates vom 16.03.2016

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende die heutige öffentliche Sitzung um 22:14 Uhr und wünscht allen Anwesenden einen guten Nachhauseweg sowie einen schönen Abend.

Andreas Kemmelmeier
Erster Bürgermeister

Lothar Kipp
Schriftführer